

Mojn,

Ich bin L. von der Kampagne 'Kein Abschiebegefängnis in Glückstadt und anderswo'.  
Wir haben uns heute neben der Ausländerbehörde hier in Kiel versammelt, weil vor wenigen Tagen die Mitarbeiter\*innen genau dieser Behörde etwas unfassbar grausames veranlasst haben. Jene Mitarbeiter\*innen hielten es für eine gute oder auch einfach normale Entscheidung dafür zu sorgen, dass Mittwochmorgen zahlreiche Polizeikräfte inklusive SEK-Einheiten versuchten, die Abschiebung von einem 18 jährigen und seinem 22 jährigen Bruder aus dem Kirchenasyl in Schwerin mit Gewalt zu erzwingen. Den Mitarbeiter\*innen dieser Behörde ist es egal, dass die Mutter der beiden in ihrer Heimat in Afghanistan für Frauenrechte und als Journalistin engagiert war. Es ist ihnen egal, dass durch die Abschiebung die beiden jungen Erwachsenen von ihren Eltern und ihren kleinen Geschwistern getrennt worden wären. Gesetz ist Gesetz, wenn die beiden halt in Spanien angekommen sind, sind sie dort doch sicher und können da Asyl beantragen - warum sind sie denn nicht direkt nach Deutschland eingeflogen?, dann hätten sie jetzt den Ärger mit der Dublin-Verordnung nicht - so die Logik der Verantwortlichen, die natürlich für nichts verantwortlich sein wollen, die sich nur an die herrschenden Gesetze halten.

Ähnliche Antworten bekommt man aber auch, wenn man Politiker\*innen fragt, die daran beteiligt sind diese Gesetze zu machen und die sich an deren Änderung beteiligen können - bzw. könnten, wenn sie denn wollten. Namentlich z.B. unsere Sozialministerin Aminata Touré von den Grünen, die auf unseren offenen Brief zur Abschiebung ins Erdbebengebiet in der Türkei im Februar diesen Jahres sinngemäß antworten ließ, Abschiebungen seien immer mit menschlicher Härte verbunden, is schon doof irgendwie, aber eigentlich können wir ja auch nix dafür, weil der Bund den Rest der Türkei halt als sicher einstuft. Der Abgeschobene kann ja erstmal alleine da bleiben und wenn alles wieder aufgebaut ist zurück zu seiner Familie in die betroffenen Gebiete - achja und übrigens sind uns die Menschen im Erdbebengebiet ja auch nicht egal, wir haben richtig tolle Möglichkeiten geschaffen, dass Menschen aus den Gebieten schnell und unbürokratisch nach Deutschland kommen können!

Doch was bringen solche 'tollen Möglichkeiten', wenn sie am Ende nicht praktisch umgesetzt werden? Den betroffenen Menschen selbst viel zu oft rein gar nichts, wie auch im Falle der Familie im Kirchenasyl in Schwerin. Was bringt es ihnen, dass die aktuelle Regierung sich feiern lässt für ihre progressive, neue Politik - zu der auch eine, gerade von den Grünen geforderte sogenannte 'feministische Außenpolitik' gehört. Die Bundesregierung veranlasste angesichts der erschreckenden Entwicklungen in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban ein Aufnahmeprogramm, das

eine schnelle Flucht nach Deutschland ermöglichen sollte. Auch der Familie in Schwerin wurde eine Aufnahme über dieses Programm zugesichert, die Visumserteilung verzögerte sich. Doch angesichts des Terrors der Taliban, der aufgrund des politischen Engagements der Mutter die ganze Familie bedrohte, konnten sie nicht länger warten, verließen über den Iran und Spanien das Land und kamen dann nach Deutschland. Die Familie hatte ein Anrecht auf Asyl in Deutschland - und trotzdem versucht der deutsche Staat mit massiver Gewalt, mit Rammböcken und Kettensägen, zwei junge Menschen, die gerade erst eine aufreibende Flucht hinter sich haben, aus den Armen ihrer Familie zu reißen. Dass das verhindert wurde, ist nur ihrem Widerstand zu verdanken. Hätten sie einfach das gemacht, wozu sie nach den in Deutschland gültigen Gesetzen verpflichtet sind und was die in Deutschland gültigen Gesetze vorsehen, wären die beiden jetzt alleine in Spanien. So mutig ihr Protest ist, so stark ihr Handeln, sich der ganzen Situation nicht einfach wie ohnmächtig zu ergeben und all das zu lassen - so repressiv die Antwort des deutschen Staates darauf. Nach den Bedrohungen in Afghanistan, nach der notwendigen Flucht über den Iran und Spanien, nach der Unterkunft im Kirchenasyl als Notlösung, nach dieser erneuten immensen Stresssituation durch die Bedrohung durch die Beamt\*innen mit Kettensägen und Rammböcken - nicht einmal danach, gibt es Ruhe für die Familie. Zwar wurde die Abschiebung vorübergehend ausgesetzt und die beiden Söhne vorerst ins Krankenhaus gebracht, denn beide befanden sich in einer psychischen Ausnahmesituation, der eine verletzte sich mit Scherben selbst. Doch sicher sind die beiden deshalb nicht. Zynischerweise wurden nun gegen die Mutter, die sich den Beamt\*innen in den Weg stellte, die drohten ihre Kinder mitzunehmen, Strafverfahren wegen Nötigung und Bedrohung eingeleitet.

Die Gewalt wird an dieser Stelle also der schützenden Mutter zugeschrieben, sie hätte die Beamt\*innen bedroht, sie mit Gewalt zur Unterlassung einer Handlung gezwungen. Die Beamt\*innen hingegen seien Opfer dieser Straftaten gewesen, seien am rechtmäßigen Durchführen ihrer Arbeit gehindert worden.

Dabei stellt der Widerstand gegen Abschiebungen eigentlich nichts anderes dar, als das Bestehen auf die eigenen Grundrechte. Das Recht auf Bewegungsfreiheit, auf ein würdiges Leben ohne Angst vor politischer Verfolgung. In Deutschland gab es mal sowas wie das Recht auf Asyl. Mit der Zustimmung zu den GEAS Verordnungen, dem 'Gemeinsamen Europäischen Asylsystem' arbeitet die Bundesregierung fleißig weiter daran, dieses abzuschaffen. Sie gibt damit einem deutlich spürbaren Rechtsruck in Deutschland nach, dessen menschenverachtenden Forderungen dadurch aber nicht weniger bedrohlich und gar tödlich werden, das hat die Geschichte gezeigt.

Neben diesem ersten Bruch des Kirchenasyls in Mecklenburg-Vorpommern, lässt sich auch der Bau von immer mehr Abschiebegefängnissen in diesen Kontext einordnen. Oft werden Menschen nach

gescheiterten Abschiebungen dort eingesperrt, oder vorher um den Widerstand gegen die Abschiebung zu erschweren. Seit August 2021 passiert das auch in Glückstadt. Aus Schleswig-Holstein, aber auch Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern werden Leute in der Abschiebehaftanstalt Glückstadt inhaftiert, oft viele Wochen bis Monate. Und das nicht etwa, weil sie eine Straftat begangen haben. Der Zweck der Abschiebehaft ist lediglich die Sicherung der Durchführung der Abschiebung.

In Glückstadt können kleine Kinder mit ihren Eltern inhaftiert werden, oft zerreißen die Abschiebehaft Familien. Etwa, wenn die Partnerin des Inhaftierten einen Aufenthaltstitel hat und in Deutschland bleiben kann. Die Haft isoliert und schränkt die Möglichkeit der Inhaftierten, Kontakt zu ihren Lieben zu haben, massiv ein. Erst kürzlich berichtete ein aktuell in Glückstadt Inhaftierter, der nicht viel älter ist als die beiden Brüder, wie sehr es seine Mutter schmerzt, ihn nicht sehen zu können. Sie ist derzeit in einem anderen EU-Land, kann ihn also nicht persönlich besuchen. Die Inhaftierten in Glückstadt dürfen zwar ihre Handys behalten, entfernen sie jedoch die Versiegelung der Kameras an ihren Smartphones, werden sie ihnen weggenommen. Seit über einem Monat kann die Mutter ihren Sohn also nicht sehen. Und auch nach der Abschiebung auf einen anderen Kontinent wird sie ihn nicht sehen können, denn in ihr Herkunftsland kann sie nicht zurück, zu groß ist die Bedrohung. Und auch, ob der Sohn es zu ihr, also zurück in die EU schaffen wird, ist sehr fraglich. In Deutschland jedenfalls erwarten Migrant\*innen nach der Abschiebung Einreisesperren für einige Jahre und oftmals viele tausend Euro Schulden - für ihren unfreiwilligen Aufenthalt im Knast und für den Flug z.B. Niemand weiß also, wann die beiden sich wiedersehen.

Auch was das Gefängnis angeht, werden nicht Knastleitung, politische Entscheidungsträger\*innen und Mitarbeitende des Gefängnisses für die Gewalt verantwortlich gemacht, die in Glückstadt schon viele Menschen zu Selbsttötungsversuchen und Selbstverletzungen getrieben hat. Die den hunderten von Inhaftierten und ihren Angehörigen nichts als Schmerz und Verzweiflung gebracht hat. Nein, als gewaltvoll werden wieder diejenigen dargestellt, die nicht an ihrer Abschiebung mitgewirkt und sich dieser aktiv entgegen gestellt haben. Die in Deutschland Schutz und ein würdiges Leben versucht haben, bis sie mit massiver Gewalt vom deutschen Staat daran gehindert wurden.

Weil wir damit nicht einverstanden sind, weil wir klarmachen wollen, wer verantwortlich ist für das, was der Familie im Kirchenasyl in Schwerin passiert ist und was vielen anderen Menschen jeden Tag passiert, stehen wir heute hier vor der Ausländerbehörde. Doch auch nach Glückstadt, vors Abschiebegefängnis wollen wir dieses Jahr noch einmal - und zwar mit lauter Musik für die

Inhaftierten. Auch dort wollen wir laut sein gegen den Rechtsruck und Abschiebungen, für das Recht auf Bewegungsfreiheit und Bleiberecht für alle Menschen.

Kommt also an Silvester alle mit nach Glückstadt, um den Inhaftierten zu zeigen, dass wir ihren Widerstand hören, dass wir sie nicht vergessen haben! Wir treffen uns für eine gemeinsame Anreise aus Kiel um 14:10 Uhr bei den Fahrkartenautomaten an den Rolltreppen im Hbf.

Der Familie in Schwerin wünschen wir trotz allem viel Kraft und hoffentlich ein gutes Ende, in dem alle zusammen dort bleiben können, wo sie wollen.

Wenn nach und nach die Lage immer düsterer wird, dürfen wir nicht leiser werden.

We are here, and we will fight - freedom of movement is everybodys right!